

Wendung in der sowjetischen Landwirtschaft

Die gesamte jüngste Entwicklung in der Sowjetunion steht im Zeichen eines der wichtigsten Ereignisse seit dem Tode Stalins — der Reform der Maschinen-Traktoren-Stationen. Hierbei handelt es sich in erster Linie um eine entschlossene Abkehr von der bisherigen Praxis ebenso wie von den theoretischen Auffassungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft. In Wirklichkeit aber zieht diese Reform verschiedenartige Konsequenzen auch auf anderen Sektoren der sowjetischen Volkswirtschaft und der kommunistischen Theorie nach sich. Innerhalb kurzer Zeit hat diese Entwicklung solche dynamische Formen angenommen und ist schon so weit gereift, daß eine, wenn auch vorsichtige, so doch genauere Analyse der Vorgänge bereits möglich ist.

Aus der Chronik der MTS

Die Geschichte der MTS ist ähnlich wie auf jedem anderen Gebiet in der Sowjetunion die der Verwandlung eines revolutionären Gedankens in eine bürokratisch degenerierte Form. Es ist nicht wahr, daß nach der Oktoberrevolution die Kollektivwirtschaften ähnlich wie auch die MTS in ihrer ursprünglichen Gestalt als Beginn jener Entwicklung, wie sie die Kolchosen und MTS zu Lebzeiten Stalins nahmen, gelten können. Die Initiative von unten, die sich meistens auf die Prinzipien der wahren genossenschaftlichen Bewegung stützte, wurde im Laufe der Stabilisierung des stalinistischen Systems völlig zerschlagen; „die Kollektivwirtschaften sollen *bolschewistisch* gemacht werden“, wie Stalin im Januar 1933 während des Plenums des ZK der KP erklärte.

Die MTS entstanden ähnlich wie die ersten Kollektivwirtschaften aus der Initiative der Bauern, und zwar als *genossenschaftliche* Organisationen. 1927 schuf die Schewtschenko-Kolchose in der Ukraine eine Traktoren-Kolonie für die Bedienung der umliegenden Dörfer, die sehr schnell in eine „interdörfliche Maschinen-Traktoren-Station.“ verwandelt wurde. 1928 besaß sie bereits 68 Traktoren, 1929 waren es 140, mit denen sie eine Nutzfläche von etwa 50 000 Hektar bearbeitete. So also sah der Beginn der MTS in der Sowjetunion aus.

Diese Initiative wurde sofort von den Bauern anderer Gebiete übernommen, und schon 1930 betrug die Zahl der MTS allein in der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik und der Ukraine 479 mit 13 500 Traktoren. Diese dynamische Entwicklung auf dem Lande stieß bereits 1929 auf ernste Versuche Stalins, ihr durch parteiliche und staatliche Apparate Zügel anzulegen. Während des April-Plenums des ZK der KP im Jahre 1929 stellte er die These auf, daß die genossenschaftliche MTS-Bewegung als eine Form des „Zusammenschlusses von Stadt und Land“ („Smytschka“) angesehen werden müsse, und kurz danach beschloß die XVI. Parteikonferenz, im Sinne des Vorschlages Stalins ein großangelegtes System der genossenschaftlichen *und staatlichen* Maschinen-Traktoren-Stationen auszubauen. Im Juni 1929 gründete man, auf Vorschlag Stalins hin, eine Zentrale der MTS — „Traktorenzentri“ —, und im November des gleichen Jahres ließ das Plenum des ZK diese Zentrale als Organ der stalinschen „kompakten Kollektivierung“ erklären. Das war der Anfang vom Ende einer wahren sozialistischen MTS-Bewegung. Am 10. September 1930 beschloß nämlich das ZK der KP die Beschlagnahme aller genossenschaftlichen MTS durch das „Traktorenzentri“, das einige Monate als aktionäre Gesellschaft arbeitete. Kurz danach wurde auch diese Zentrale aufgelöst und durch ein System von staatlichen MTS ersetzt. (Alle Angaben nach W. Wensher „Die Wege der Entwicklung der MTS“ aus „Sozialistitscheskoje selskoje Chosjajstwo“, November 1947.)

Diese Umwandlung wurde, wie die sowjetischen Quellen selbst zugeben, nicht aus ökonomischen, sondern ausschließlich aus *politischen* Gründen vorgenommen. Die KP unter der Führung Stalins wollte die genossenschaftliche Bewegung der Bauern um jeden Preis den staatlichen Apparaten unterordnen. Die Gründung spezieller politischer Ab-

teilungen, in welche über 17 000 erfahrene Parteifunktionäre beordert wurden, stempelte die MTS zu ausschlaggebenden politischen Organen auf dem Lande.

Wichtig wäre, nochmals daran zu erinnern, daß hinter dieser Entwicklung der MTS ausschließlich Stalin und die ihn umgebenden Parteibürokraten standen. In seiner berühmten letzten Arbeit „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der Sowjetunion“ 1952 erinnerte er daran, daß Ende 1929, Anfang 1930 das ZK der KP der Sowjetunion auf einen vordringlichen Vorschlag landwirtschaftlicher Funktionäre hin beschlossen habe, alle Traktoren den Kolchosen zu übergeben — ein Vorschlag, der niemals verwirklicht wurde, da der Sieg Stalins in der Führung der KPdSU gleichzeitig einen Sieg seines eigenen Standpunktes, nicht nur in landwirtschaftlichen Fragen, bedeutete.

Forcierung der MTS auch nach Stalins Tod

Ab 1953. datieren mannigfache Maßnahmen für eine rapide Verbesserung der sowjetischen Landwirtschaft bei Kolchosen und MTS. 1953 wurden über eine Million Traktoren und deren Gehilfen, die bis dato nur saisonweise beschäftigt waren, vom Etat der Kolchosen auf den der MTS überführt. Eine eindrucksvolle Aktion des Einsatzes von Tausenden hochqualifizierter Spezialisten aus der Stadt in den MTS lief an. Einige Ziffern illustrieren am deutlichsten die Auswirkungen dieser Maßnahmen; im Jahre 1954 gab es in den Kadern der MTS folgenden Prozentsatz von Angestellten und Arbeitern mit abgeschlossener höherer Schulbildung: bei den Direktoren 39,3 vH gegenüber 22,6 vH im Jahre 1953, bei den Hauptingenieuren standen 37,5 vH den früheren 14,8 vH gegenüber, bei den Reparaturwerkstättenleitern sogar 28,5 vH gegenüber 1,3 vH. Gleichzeitig wurde eine grundlegende Reorganisation der Parteiorganisationen in den MTS vorgenommen. 1956 konnte daher die sowjetische Presse in konkreter Weise eine Verbesserung der Tätigkeit der MTS melden, bei welcher eine auffallende Erweiterung der *Mechanisierung der landwirtschaftlichen Arbeit*, besonders in der Viehwirtschaft, betont wurde.

Bevor die Frage beantwortet wird, warum die MTS gerade zu einem Zeitpunkt aufgelöst werden sollen, zu welchem ihre Arbeit ein höheres Niveau erreicht hat, bedarf es eines Hinweises auf die jüngste Entwicklung in den Kolchosen. Nach 1953 wurden auch dort verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Lage getroffen, Versammlungen der Kolchosarbeiter und andere statutenmäßige, in der Stalin-Ära zum Einschlafen gebrachte Tätigkeiten wurden wieder ausgeübt; ferner wurde versucht, die materielle Interessiertheit der Kolchosarbeiter durch verschiedene Maßnahmen zu erhöhen. Ein neues Planungssystem zielte in die Richtung der Abschaffung einer übertriebenen Zentralplanung von oben. Zu den wichtigsten Ereignissen gehörte die Bewegung der sogenannten „Dreißigtausend“ — eine Aktion, in deren Rahmen mehr als 30 000 hochqualifizierte städtische Spezialisten zur Arbeit in den Kolchosen eingesetzt wurden. Der größte Teil von ihnen wurde innerhalb kürzester Zeit zu Kolchosvorsitzenden gewählt oder übernahm andere Schlüsselpositionen.

Und so kamen 1956 die Direktiven des XX. Parteitagess der KP der Sowjetunion heraus, welche die *Einführung des Rentabilitätsprinzips* in allen Zweigen der Volkswirtschaft forderten. Gemäß ihnen sollten die MTS, die bisher ausschließlich als ein vom staatlichen Budget finanziertes Staatsorgan funktionierten, zu einer wirtschaftlichen Rechnungsführung übergehen, d. h. sich ab sofort auf eine Gewinnerzielung hinorientieren. Dieser Beschluß löste in den MTS eine Entwicklung aus, die von den sowjetischen Wirtschaftsexperten nicht vorhergesehen war. Erst jetzt wandelten sich die MTS zu wahren „staatskapitalistischen“ Unternehmen, die ihre den Kolchosen übergeordnete Position dazu ausnutzten, um größtmögliche Gewinne zu erzielen. So zeigte sich in verschiedenen Gebieten der Sowjetunion, daß die MTS in erster Linie an der Erfüllung solcher Arbeiten interessiert waren, deren Bezahlung durch die Kolchosen tarifgemäß hoch war; gleich-

zeitig wurden andere wichtige, weniger lukrative Arbeiten von ihnen laufend vernachlässigt. So kam es, daß die MTS durch übermäßiges Gewinnstreben in Konflikt mit der Agrarwissenschaft und dem landwirtschaftlichen Fortschritt gerieten.

Diese Entwicklung fand ihren Niederschlag in einer Reihe von Prozessen, bei denen sich die Kolchosen weigerten, wegen Vertragsbruchs der MTS Zahlungen an diese zu leisten. Die Urteile, welche 1956 und Anfang 1957 bei diesen Massenprozessen gefällt wurden, fielen für die MTS-Direktionen nicht eben günstig aus. Sicherheit und Selbstbewußtsein der Kolchosen wurden dadurch gefestigt, und immer stärker machten sich verschiedene Maßnahmen zur Wiederherstellung der Gesetzlichkeit spürbar.

Das war auch der Zeitpunkt, zu welchem verschiedene kommunistische Führer und Wirtschaftsexperten versuchten, die bisherigen stalinistischen Grundsätze der Landwirtschaftspolitik von einem ökonomischen Standpunkt aus zu überprüfen. In verschiedenen Gebieten der Sowjetunion begann man zu experimentieren, so wurden z. B. im Kuban-Gebiet die Kolchosenvorsitzenden zu MTS-Direktoren, in anderen Teilen des Landes jene zu Kolchosenvorsitzenden ernannt. In etlichen Kolchosen wurden dagegen die Maschinen-Traktoren-Brigaden während der Feldarbeiten ausschließlich der Befehlsgewalt der Kolchosenvorsitzenden unterstellt. Eine ziemlich turbulente Entwicklung entstand in der Sowjetukraine, wo in der Kolchase „Ukraine“ im Kiewer Gebiet die Kolchosenarbeiter unter Führung ihres Vorsitzenden Martschenko, der noch kurz zuvor in der Kiewer Bahndirektion als Ingenieur gearbeitet hatte, erreichten, daß sie versuchsweise selbst Traktoren erwerben durften. In dieser Kolchase fielen auf einer Versammlung jene Worte: „Dort wo zwei Hausherrn auf dem gleichen Grund und Boden sind — Kolchosen und MTS — kann niemals Ordnung herrschen“, die später *Chruschtschow* und andere mehrmals wiederholten.

Verfolgt man diese Entwicklung genauer, so zeigt sich, daß die Reform der MTS unter einem ungewöhnlich starken Druck der Kolchosenarbeiter erfolgte, daß sie einen Sieg des Lebens über starre Dogmen bedeutete und daß die kommunistischen Führer nur zögernd vor diesen objektiven Entwicklungen kapitulierten.

Durchführung der MTS-Reform

Die Ankündigung dieser Reform erfolgte durch *N. S. Chruschtschow* am 22. Januar dieses Jahres während seiner Rede vor landwirtschaftlichen Aktivisten der Weißruthenischen SSR in Minsk. Am 25. und 26. Februar befaßte sich das Plenum des ZK der KPdSU mit dieser Angelegenheit; die Thesen Chruschtschows wurden akzeptiert und einer öffentlichen Diskussion übergeben. Am 27. März fand die erste Session des am 16. März neugewählten Obersten Sowjets statt, auf welcher die MTS-Reform nach dem Referat Chruschtschows gesetzlich beschlossen wurde.

Chruschtschow betonte, daß die Hauptursache der Reform eine *neue Situation in den Kolchosen* sei, die er in folgenden vier Punkten charakterisierte:

1. Die Kolchosen sind heute größtenteils wirtschaftlich starke Betriebe, sie verfügen über eine jeweilige Ackerfläche von 5 000 bis 10 000 Hektar. Die finanziellen Leistungen an die sogenannten „unteilbaren Fonds“ der Kolchosen betrugen 1956 16 728 Millionen Rubel gegenüber 7408 Millionen Rubel im Jahre 1952; die allgemeinen unteilbaren Fonds vergrößerten sich in diesem Zeitraum von 63 078 auf 98 594 Millionen Rubel.

2. Heute sind die Kolchosen technisch bedeutend besser ausgerüstet als früher, sie besitzen 330 000 Lastwagen, d. h. 50 vH der Gesamtzahl der Lastwagen der sowjetischen Landwirtschaft, verfügen über landwirtschaftliche Maschinen im Werte von 24 Milliarden Rubel, haben eigene Elektrizitätswerke, verschiedene Hilfsbetriebe usw.

3. Die Kolchosen besitzen eigene hochqualifizierte Kader; während es 1953 in den Kolchosen nur 18 500 Fachleute gab, sind jetzt über 115 000 Spezialisten dort beschäftigt.

4. Das Einkommen der Kolchosen hat sich 1956 gegenüber 1950 verdreifacht und betrug 94 616 Millionen Rubel.

Die MTS dürften seiner Meinung nach unter diesen Umständen nicht mehr als Träger des technischen Fortschritts, als Organisatoren der Landwirtschaft angesehen werden. Auch ihre politische Rolle habe sich überlebt, nachdem, laut Chruschtschow, die Mehrzahl der Kolchosenarbeiter jetzt von den Vorteilen der Kollektivwirtschaft überzeugt ist.

Während die MTS-Reform nach Chruschtschow und gemäß dem Gesetz des Obersten Sowjets als ein *langanhaltender* Prozeß betrachtet werden sollte und nur die wirtschaftlich starken Kolchosen sofort die MTS-Traktoren erwerben sollten, ist in der Sowjetunion eine *spontane Aktion der Kolchosenbauern* unter Führung der Kolchosenbürokratie angelaufen mit dem Ziel, eine möglichst rasche Reorganisierung der MTS und den Kauf der Traktoren zu beschleunigen.

Bereits im März meldeten Presse und Rundfunk, daß in verschiedenen Gebieten die Kolchosen zum Erwerb der landwirtschaftlichen Maschinen geschritten seien. Die sowjetukrainische Parteizeitung „Radjanska Ukraina“ berichtet am 15. März d. J., daß die Übergabe der Technik der MTS an die Kolchosen in der gesamten Sowjetukraine in vollem Gange sei. Die gleiche Quelle meldete am 11. März die Bildung von Schätzungskommissionen, die sich aus dem Direktor und dem Hauptingenieur der MTS, dem Kolchosenvorsitzenden, dem Brigadier der Traktorenbrigade und einem Vertreter der Landwirtschaftsbank zusammensetzten. „Prawda“ vom 8. April veröffentlichte einen Artikel des Ersten Gebietssekretärs der KP Ukraine in Nikolajew, A. Malenkin, aus welchem hervorgeht, daß „an der Besichtigung der Maschinen und des Inventars neben den offiziell festgelegten Kommissionen auch die breite Masse der Kolchosenarbeiter teilnimmt“. Die gleiche Quelle berichtet, daß „der Verkauf der MTS-Technik an die Kolchosen bei uns inzwischen beendet ist“. Alle Kolchosen in diesem Gebiet übernahmen die für sie notwendigen MTS-Maschinen.

Dabei spielten sich in mehreren Orten der Sowjetunion vielsagende Ereignisse ab. Die Kolchosenbauern wollten nicht die MTS-Maschinen in Bausch und Bogen kaufen, sondern nur jene, die für sie wirklich von Nutzen sind; veraltete und fehlkonstruierte Maschinen wurden abgelehnt. Das sowjetukrainische Parteiorgan „Radjanska Ukraina“ vom 11. März berichtet z. B. über die Ereignisse in der Tschkalow-Kolchose im Gebiet Kiew. Deren Vorsitzender erklärte in Anwesenheit der Schätzungskommission: „Wir wollen nur solche Maschinen kaufen, die in unserer Wirtschaft notwendig sind.“ Folgender Dialog während dieser Versammlung ist es wert, als Beispiel wiedergegeben zu werden:

— „Wir werden diese Maschinen nicht nehmen.“

— „Warum?“

— „Es liegt im Interesse des technischen Fortschritts. Diese Maschinen werden bei uns fast nicht gebraucht. Und nur bei uns? Sie belasteten ja auch die Bilanz der MTS.“

Bei dieser Gelegenheit beleuchtete die sowjetische Presse zum erstenmal die *Mißstände*, die im Maschinenpark der MTS herrschen. Von den zahlreichen Beispielen wollen wir nur auf die Lage im Gebiet Lemberg hinweisen, einem Gebiet, das erst vor einigen Jahren der Sowjetunion eingegliedert wurde und in dem die Kollektivierung der Landwirtschaft mit modernsten Mitteln gefördert wurde. „Radjanska Ukraina“ vom 15. März berichtet, daß in den MTS dieses Gebietes für 1,3 Millionen Rubel Maschinen existieren, die für die Kolchosen ungeeignet sind und außerdem veraltete Technik für weitere 1,5 Millionen Rubel.

So mußten sich die Schätzungskommissionen entschließen, einen beträchtlichen Teil der landwirtschaftlichen Maschinen zum Schrottpreis, d. h. zu nur 10 vH des Anschaffungswertes anzubieten.

Der erwähnte Bericht in der „Prawda“ vom 8. April weist noch auf eine weitere durch die Kolchosen angewandte Methode zur möglichst vollkommenen Ausschaltung der MTS hin. Wie bereits erwähnt wurde, durften nur die finanziell stärkeren Kolchosen die MTS-Maschinen sofort erwerben — für die wirtschaftlich schwächeren war eine Betreuung durch die MTS noch auf mehrere Jahre vorgesehen. So z. B. haben sich im Gebiet Nikolajew 102 Kolchosen vereinigt, so daß 48 neue zusammengelegte Kolchosen entstanden, die mit gemeinsamen Mitteln in der Lage waren, den Kauf zu tätigen.

Dieser wahre Sturm der Kolchosenarbeiter auf die MTS zwang die Partei, einige Maßnahmen zu ergreifen, um die Vorgänge zu zügeln und die ganze Entwicklung in die von ihr gewünschten Bahnen zu lenken. Am 20. April veröffentlichte die „Prawda“ einen Beschluß des ZK der KP und des Ministerrates der Sowjetunion über die Durchführung der MTS-Reform. Darin steht der Gedanke im Vordergrund, daß beim Verkauf der MTS-Technik „dem Staat kein Schaden zugefügt werden darf“. Man stellte fest, wie sich die Schätzungskommissionen zusammensetzen sollen, und die Vertreter der MTS und der Kolchosen werden nunmehr, verglichen mit denen der staatlichen Behörden, in der Minderheit sein. Ferner wurde beschlossen, daß an Stelle der MTS sogenannte *Reparatur-Technische-Stationen* — RTS — entstehen werden, die nicht nur die Versorgung der Kolchosen mit den erforderlichen Ersatzteilen ausführen, sondern auch beim Abschluß von Kaufverträgen mit den Kolchosen für neue Maschinen ein Monopol besitzen sollen. Dieser Beschluß versucht also nicht nur die Situation zu beherrschen, sondern auch einige inzwischen entstandene Fakten rückgängig zu machen. Doch ist das mehr ein Wunsch irt bezug auf die organisatorische Seite der Reform — die Zeit der MTS-Herrschaft über die Kolchosen ist endgültig abgelaufen.

MTS-Reform und kommunistische Ideologie

Die kommunistische Führung bemüht sich noch bis heute, die Reform der MTS in erster Linie als ein praktisches Problem darzustellen. Dennoch war eine ideologische Diskussion zu diesem Thema unvermeidlich. Ein Überblick über die sowjetische Presse unter diesem Aspekt liefert ein interessantes Bild der Meinungsverschiedenheiten, die jetzt innerhalb der sowjetischen Theoretiker auftauchten. Drei Hauptrichtungen lassen sich hierbei unterscheiden.

Zunächst besteht innerhalb der KP der Sowjetunion eine starke Gruppe von „unverbesserlichen“ Stalinisten, welche die Chruschtschow-Reform prinzipiell als eine Abweichung vom Marxismus-Leninismus ablehnen. Obgleich ihre Stimmen in den Spalten, der sowjetischen Presse nicht zugelassen werden, kann man doch aus der Polemik Chruschtschows und verschiedener Autoren ihren Standpunkt mit Sicherheit rekonstruieren. Sie meinen, daß die Übergabe der Traktoren an die Kolchosen eine automatische Schwächung des volkseigenen Besitzes bedeute, denn laut ihnen stellt die genossenschaftliche Eigentumsform der Kolchosen etwas „mindereres“ als das Staatseigentum dar. Eine Forcierung der Kolchosen würde automatisch die Warenzirkulation in der Sowjetunion erweitern und somit nur eine Erschwerung des Übergangs zum Kommunismus bedeuten. Einige Stalinisten vertreten den Standpunkt, daß der beschleunigte Ausbau der landwirtschaftlichen Staatsgüter — Sowchosen — eine unerschütterliche Richtlinie der sowjetischen Landwirtschaftspolitik bleiben müsse.

Die zweite Gruppe sowjetischer Theoretiker ließe sich als „stromlinienförmige“ Stalinisten bezeichnen, welche die Reform zwar völlig unterstützen, gleichzeitig sich aber eifrig zu beweisen mühen, daß zwischen der jetzigen Reform und den Thesen Stalins über die Landwirtschaft keinerlei Unterschiede beständen. Als klassisches Beispiel einer solchen Einstellung kann man den Artikel von *I. Glotow* im theoretischen Parteiorgan „Kommunist“ Nr. 5 vom April d. J. nennen. Er kommt übrigens auf den berühmten Brief

Stalins an Sanina und Wensher vom 28. September 1952 zurück, in welchem dieser den Vorschlag der beiden Landwirtschaftsexperten, die MTS-Traktoren den Kolchosen zu übergeben, ablehnt und diesen Standpunkt begründet. Glotow erklärt warnend, daß „einige Genossen falscher Meinung sind, wenn sie behaupten, daß der Verkauf der Traktoren an die Kolchosen zum gegenwärtigen Zeitpunkt die gleiche Maßnahme bedeute, wie sie vor einigen Jahren Sanina und Wensher in ihrem Brief an Stalin und das ZK der KP vorschlugen“. Seine Überlegungen schließt er mit der Feststellung „die KP konnte einen solchen, für die Landwirtschaft gefährlichen Weg nicht beschreiten, sie hat ihn abgelehnt“.

Drittens existiert eine zahlenmäßig stärkste Gruppe von Stimmen jener sowjetischen Theoretiker, die objektiv gesehen als „Revisionisten“ der stalinistischen Doktrin betrachtet werden müssen. Ebenfalls in „Kommunist“ Nr. 4 von April d. J. konnte man im Artikel von *B. Borisow* u. a. folgendes lesen: „Bei uns hat man in den letzten Jahren unter dem Einfluß des Personenkultes Stalins in einigen Fällen solche Beschlüsse gefaßt, die nicht aus den objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung hervorgingen, sondern einen voluntaristischen Charakter besaßen ... Solcherart waren teilweise einige Beschlüsse in bezug auf die Landwirtschaft.“

Ein anderer Theoretiker, *Baulin*, kritisierte in der „Iswestija“ die stalinistische These von der Warenzirkulation als einem Hemmschuh für den Übergang zum Kommunismus. Der Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion, *K. Ostrowitjanow*, betonte in einem grundlegenden Artikel in der „Prawda“ vom 4. März d. J., daß man von den Klassikern des Marxismus nicht verlangen könne, daß sie alle zukünftigen gesellschaftlichen Situationen voraussehen sollten. Er polemisierte sogar gegen einen Artikel *Lenins* „Über die Kooperativen“, worin der Gedanke vertreten ist, daß in einem sozialistischen Staat eine Konzentration der Produktionsmittel in den Händen des Staates stattfinden müsse. Das Akademiemitglied *M. Mitin* weist in der „Prawda“ vom 6. März auf einen Widerspruch zur marxistischen Theorie hin, der während der Stalin-Ära in der sowjetischen Landwirtschaft bestand, indem den Kolchosenarbeitern das Recht, über die wichtigsten Produktionsmittel in der Landwirtschaft zu bestimmen, genommen wurde. Das philosophische Organ „Woprosy filosofii“ Nr. 3 verlangt in seinem Leitartikel, „unter dem Aspekt der neuen Bedingungen einige frühere Vorstellungen über die Perspektiven der Entwicklung zweier Formen des sozialistischen Eigentums zu revidieren“.

Die „Revisionisten“ scheinen eine große Unterstützung in den Reihen der Landwirtschaftsexperten zu besitzen. Das bestätigte auch Professor *Lobanow*, der Rektor der Unionsakademie für Agrarwissenschaften, in einem Interview mit einigen polnischen Journalisten in Moskau. Nach der Warschauer Tageszeitung „Sztandar Młodych“ vom 28. April d. J. sagte Lobanow: „Das, was früher als antimarxistische Ketzerei galt, wird jetzt in Form des Beschlusses des Obersten Sowjets der UdSSR in die Praxis umgesetzt. Dieser Beschluß, dem die bekannte These Lenins über die Produktivität der Arbeit als ein für den sozialistischen Aufbau entscheidendes Element zugrunde liegt, bedeutet einen ernsten Schlag für jene dogmatische Konzeption, die das Kolchoseneigentum dem volkseigenen, staatlichen gegenüberstellen wollte.“ Er erklärte auch, daß die Forcierung der landwirtschaftlichen Staatsgüter als eine falsche Richtung in der Landwirtschaftspolitik jetzt zugegeben wurde und nannte die Arbeit Stalins „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ als konkretes Beispiel eines solchen ideologischen Irrtums.

Die theoretischen Auseinandersetzungen in diesen Fragen sind in der Sowjetunion weiterhin im Gange. Sie können auch nicht durch die verschiedenen Verdrehungen und Erläuterungen im Stile eines vulgären Marxismus aufgehalten werden, und aus Oben-zitiertem ist ein Drang der sowjetischen Theoretiker nach einem ernsthaften Überdenken der bisher geltenden Theorie zu ersehen.

Die MTS-Reform hat also in erster Linie einen gewissen Wirrwarr in der Praxis und Theorie ausgelöst, aber dahinter kann man doch die *Umrissse einer neuen Etappe* schon deutlich erkennen. Zweifellos bedeutet die Reform der MTS einen ersten Versuch, die Mißwirtschaft auf dem Lande zu beseitigen, die Produktivität zu heben und gleichzeitig die Interessiertheit der Kolchosenarbeiter zu steigern. Sie zieht verschiedene andere notwendige Reorganisationsmaßnahmen, wie beispielsweise die der Arbeit der Maschinenbauindustrie und der Tätigkeit verschiedener landwirtschaftlicher Behörden, nach sich. Einige Beobachter, unter ihnen der Mitarbeiter des polnischen Parteiorgans „Trybuna Ludu“, A. Szapalkowicz, prophezeien eine baldige Abschaffung der Pflichtablieferungen in Naturalien und die Einführung einer normalen Besteuerung an deren Stelle. Auch einige sowjetische Quellen weisen auf die Möglichkeit einer solchen einschneidenden Änderung hin. So wird z. B. im Leitartikel des juristischen Organs „Sowjetskoje gosudarstwo i prawo“ Nr. 4 vom April d. J. klar ausgesprochen, daß das jetzige System der Getreidebeschaffung und der Ablieferung als ein vorübergehendes angesehen werden müsse: Für den Staat werde es in Kürze schon rentabel sein, die Naturalien nicht zu einheitlichen Preisen zu kaufen, sondern dort, wo die Preise am niedrigsten sind, um auf diese Weise die städtische Bevölkerung mit billigeren Konsumgütern zu versorgen.

Unabhängig von den Schwierigkeiten, die auf ideologischem Gebiet bestehen, bedeutet die MTS-Reform objektiv gesehen auch eine Stärkung jener Theoretiker, die in der *systematischen Abkehr vom Stalinismus* den rechten Weg zu einer neuen Entwicklungsstufe in der Sowjetunion sehen.